



Ausschussdrucksache 18(18)189 a

12.02.2016

**Torsten Bultmann,
Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und
Wissenschaftler (BdWi) e. V.**

Stellungnahme

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema

„Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative“

am Mittwoch, 17. Februar 2016



BdWi e. V.
Gisselberger Str. 7
35037 Marburg
Tel.: 06421 21395
Fax: 06421 163266
bdwi@bdwi.de
<http://www.bdwi.de>

Torsten Bultmann
Geschäftsführung
bultmann@bdwi.de

Stellungnahme zum Endbericht der Expertenkommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative (Januar 2016) für das Fachgespräch des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung am 17. Februar 2016

Die Exzellenzinitiative ist seit dem Jahre 2005 aus verschiedenen hochschulpolitischen Richtungen einer erheblichen Kritik ausgesetzt. Diese Kritik zielte niemals auf Einzelprojekte der in ihrem Rahmen geförderten Forschungsvorhaben, sondern auf die durch sie ausgelösten struktur- und finanzwirksamen Effekte für das *gesamte* deutsche Universitätssystem, welche überwiegend als negativ, als tendenzielle Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in allen Hochschulbereichen diesseits der Exzellenz, eingeschätzt wurden. Insofern ist es auch müßig, über die unmittelbar geförderten »Leistungen« zu jubeln, solange nicht diese *Gesamtsystemperspektive* in die Betrachtung einbezogen wird. Dies war durchaus – zumindest in Einzelaspekten – auch der Anspruch der Kommission (IEKE). In Teilen wird sogar die bisherige kritische Bewertung der Exzellenzinitiative bestätigt (s.u.). Dennoch wird im Widerspruch dazu – und politisch-argumentativ etwas unvermittelt – ihre Fortsetzung in modifizierter Form empfohlen.

Die Exzellenzinitiative ist im Kern ein *politisches Programm*. In ihren Dokumenten (wie im aktuellen Bericht) tauchen daher immer wieder Begriffe auf wie »die internationale Sichtbarkeit« deutscher Universitäten (genauer: einiger weniger von ihnen) solle erhöht, es solle eine »neue Dynamik« ausgelöst werden etc. Als Nebeneffekt geht es auch darum, quasi-unternehmerische Governance-Strukturen gegen die, die Dynamik angeblich bremsenden »kollegiale(n) Entscheidungskulturen« (S. 21 des Berichtes) aufzubauen. Theoretisch hätte man mit den Finanzen der Exzellenzinitiative auch das Budget der DFG erhöhen können. Das war offenbar nicht gewollt, denn ein echtes Novum der Exzellenzinitiative (in der ganzen deutschen Wissenschaftsgeschichte) ist es, dass nicht einzelne WissenschaftlerInnen antragsberechtigt sind, sondern ausschließlich ganze Universitäten vertreten durch ihre Leitung (Governance). Das hat dann den Effekt, dass Erfolge in der Exzellenzinitiative auch die komplette Einrichtung symbolisch – und international stärker beachtet – aufwerten. Eine bloße Geldzuweisung im Ergebnis traditioneller wettbewerblicher Antragsverfahren könnte diesen Effekt nicht erzielen. Daher lag auch immer die Vermutung nahe, dass dieser politische Konstruktivismus das Motiv der Wissenschaftsförderung überlagert. Es soll offenbar

innerhalb recht kurzer Zeit ein neuartiges – in »Exzellenz« und »Masse« aufgespaltenes - Universitätssystem synthetisch konstruiert werden.

Die IEKE stellt zu Recht fest, dass die Hochschulen in den vergangenen Jahren finanzielle Zuwächse nur noch über Drittmittel erwirtschaften konnten (S.30), während die Grundfinanzierung für ihre eigentlichen gesetzlichen Aufgaben bei wachsenden Studierendenzahlen stagnierte. Die Folge: eine erhebliche Verschlechterung der Betreuungsrelation (Verhältnis Studierende pro Professor/in) (S. 13). Das hat zu einer erheblichen Ungleichverteilung der Finanzausstattung insgesamt geführt, da sich die Drittmittel mit der Forschungsranking-Platzierung der Hochschulen ansteigend an der Spitze des Systems konzentrierten. Bezeichnend ist nun, dass die Verteilung der Exzellenzmittel diese Konzentration an der Spitze des Systems noch einmal forciert: die 14 Universitäten (von insgesamt 107) die seit 2006 in der 3. Förderlinie (»Zukunftskonzepte«) erfolgreich waren, vereinigen 38 Prozent aller Drittmittel auf sich.¹ In der ersten Förderrunde der Exzellenzinitiative etwa (2006-2011) entfiel allein auf die ersten vier Plätze des DFG-Förderrankings (2009) (RWTH Aachen, Uni und TU München, Uni Heidelberg) nahezu ein Drittel von deren Gesamtbudget (1,9 Mrd. Euro). In der öffentlichen Diskussion um die Exzellenzinitiative vermissen wir daher den naheliegenden Gedanken, dass der gesteigerte Forschungsoutput nach den einschlägigen Indikatoren (Veröffentlichungen) an den spitzenplatzierten Hochschulen auch eine schlichte Folge ihrer erheblichen finanziellen Besserstellung ist – und nicht etwa eine Folge unterschiedlicher Begabungen und Leistungsfähigkeiten der über das gesamte Universitätssystem verteilten Forscherinnen und Forscher.

Die Zahlen geben auch Auskunft darüber, dass die weitaus größere Zahl der Adressaten der Exzellenzinitiative (antragsberechtigte Universitäten) nie eine Chance hatte, zu den Spitzen jemals aufzurücken. Das betrifft überwiegend kleine und mittlere Universitäten, an denen sich die Arbeitsbedingungen eher verschlechtern. Diese Ungleichheit der Chancen wird im Bericht auch eingeräumt (S.41, 46). Dann sollte man allerdings auch den Mut haben, zu sagen, dass die Exzellenzinitiative kein für alle offener wissenschaftlicher Wettbewerb mit gleichen Chancen ist, sondern eher eine Legitimation für ungleiche Geldkonzentration. Der enge Kreis potentieller Sieger war von vornherein »gesetzt«. Konsequenter ist dann allerdings der Vorschlag der IEKE, die dritte Förderlinie (»Zukunftskonzepte«) abzuschaffen und durch pauschale Zuweisung einer Exzellenzprämie an zehn Spitzenuniversitäten (15 Mill. Euro pro Jahr und Uni) zu ersetzen: »Eine Universität, welche sich dank ihrer bisherigen Leistung an der Spitze positioniert, braucht keine zusätzliche Legitimation.« (S.44) – für zusätzliches Geld, müsste ergänzt werden. Folglich soll das bisherige Antragsverfahren abgeschafft und nicht mal mehr der äußere Anschein eines Wettbewerbes aufrecht erhalten werden. Würde dem von Politik gefolgt, würde sich auch die Exzellenzinitiative bis hin zur Kenntlichkeit eines rein *verteilungspolitischen Ansatzes* entwickeln.

Im Bericht sind weitere Beispiele dafür angeführt, wie bestimmte Probleme des deutschen Hochschulsystems (im Bericht »Baustellen« genannt) sich infolge der Exzellenzinitiative eher noch zuspitzen. Wenn WissenschaftlerInnen der jeweiligen Universitäten in Exzellenzbereiche übernommen werden, ist dies in der Regel mit einer Reduktion ihres Lehrdeputats verbunden (S. 24, 36). Diese Lehrreduktion im Rahmen der eigentlichen gesetzlichen Aufgaben der Hochschulen muss kompensiert werden: entweder durch eine Mehrbelastung des verbliebenen Personal oder über eine Ergänzung durch zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Lehrbeauftragte). Die Studienbedingungen

¹ Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG): Förderatlas 2015, S.87

verschlechtern sich in beiden Fällen. Schließlich wird auch die Situation des sog. wissenschaftlichen Nachwuchses nicht verbessert. Durch die Exzellenzinitiative werden die Stellen für Doktoranden und PostDocs zwar im erheblichen Umfang vermehrt, allerdings jeweils an die Förderfristen gekoppelt. Ein perspektivloser wissenschaftlicher Nachwuchs wird bei einer konstant niedrigen Zahl an Dauerstellen folglich vergrößert. (S.26, 28). Die »Entscheidung für oder gegen eine akademische Karriere« wird so »tendenziell nach hinten«, also in ein höheres Lebensalter mit geringeren Chancen auf außerhochschulischen Arbeitsmärkten verschoben, stellt der Bericht richtigerweise kritisch fest. (S.3)

Daraus ergibt sich die Frage nach einer *Verlängerung oder einem Ersatz der Exzellenzinitiative*? Alle aufgezeigten Probleme könnten nur durch eine deutliche Erhöhung der flächenbezogenen Grundfinanzierung des Hochschulsystems gemildert werden. Man könnte also die Entscheidung über eine Fortsetzung der Exzellenzinitiative vertagen und an eine solche Bedingung knüpfen. Das ist allerdings unrealistisch, weil die Exzellenzinitiative gerade den hinter ihr stehenden Willen vermuten lässt, finanzielle Zuwächse nur noch über Sonderprogramme und (inszenierte) Wettbewerbe zu verteilen, um so eine kleine Gruppe von First-Class-Hochschulen zu kreieren – bei Verschlechterung der Bedingungen für den »Rest«. ²

Wenn nun die IEKE die Fortsetzung der Exzellenzinitiative in zwei Förderlinien empfiehlt, auch im Widerspruch zu eigenen kritischen Erkenntnissen, ist dies kaum Resultat ihrer Untersuchung, sondern eher dem politischen Willen geschuldet: die vertikale Differenzierung eines Universitätssystems sei »nicht *per se* schlecht....« (S. 46) Dadurch werden aber die negativen Effekte des Programms nicht beseitigt, sondern eher noch verstärkt. Davor warnte schon der Wissenschaftsrat 2010: »Wettbewerbe sollen Ergänzung und Anreiz für besondere Leistungen sein, kein Ersatz für fehlende Grundausstattung oder notwendig, um die Grundaufgaben zu erfüllen.«³ Genau dies ist aber eingetreten. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) wirbt etwa auf ihrer homepage für die Fortsetzung der Exzellenzinitiative wie folgt: »Damit soll die begonnene Leistungsspirale fortgeführt werden, die die Ausbildung von Spitzen und die Anhebung der Qualität des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes in der Breite zum Ziel hat.« Da aber eine Qualitätssteigerung »in der Breite« des Systems sichtbar nicht eingetreten ist, dürfte es schwierig sein, ein Argument für die Fortsetzung des Programms zu finden.

Schließlich gibt es genügend Hinweise darauf, dass eine große Zahl gut ausgestatteter Hochschulen produktiver (für wissenschaftliche Erkenntnisfortschritte und gesellschaftlichen Nutzen) ist als eine kleine Zahl übermäßig ausgestatteter neben einem unterfinanziertem Restsystem, in welchem die dort angesiedelten Forscherinnen und Forscher ihr Leistungspotential schon aufgrund der fehlenden materiellen Voraussetzungen gar nicht ausschöpfen können.⁴

Die Alternative zur Exzellenzinitiative ist daher nicht der bloße Verzicht auf sie, sondern der von der GEW geforderte »Kurswechsel in der Wissenschaftsfinanzierung« zugunsten der Hochschulgrundausrüstung. Selbstverständlich müssen die aktuell durch Exzellenzmittel finanzierten Projekte zu Ende geführt werden, gerne auch mit einer von der IEKE geforderten

² Man kann auch davon ausgehen, dass die für die institutionelle Hochschulfinanzierung zuständigen Bundesländer derzeit entweder kein Geld haben oder gar nicht daran interessiert sind, ihre Hochschulausgaben zu erhöhen, allein schon damit der Bund nicht seine milliardenschweren Sonderprogramme (wie die Exzellenzinitiative) reduziert.

³ Wissenschaftsrat 2010: Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen – Drs. 10387-10, S. 84

⁴ Vgl. etwa. Münch, Richard 2011: Akademischer Kapitalismus. Berlin. S. 308f

2-jährigen Verlängerung. Als einen ersten Schritt für den genannten Kurswechsel könnten die von der IEKE für die Fortsetzung des Programms vorgeschlagenen 500 Millionen Euro jährlich anders verteilt werden. Rein rechnerisch entfielen damit auf jede Universität durchschnittlich ca. 5 Millionen Euro pro Jahr (selbstverständlich nach deren unterschiedlicher Größe gestaffelt) zur Verbesserung der wissenschaftlichen Personalausstattung, damit auch der Studienbedingungen und künftiger Forschungsleistungen. Vorrangig sollten damit Juniorprofessuren mit ›Tenure-Track‹-Option eingerichtet werden.

Bonn und Marburg, den 11.2.2016